Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Datenschutz an berufsbildenden Schulen

Das staatliche Berufsbildungszentrum Saale-Orla im Schulteil Pößneck bietet jungen Menschen aus der Umgebung zahlreiche Ausbildungsmöglichkeiten an. Für das zweite Ausbildungsjahr der Hauswirtschaftsklasse konnten sich leider nicht genügend Schülerinnen und Schüler qualifizieren und es gab zudem zu wenige Neuanmeldungen. Entgegen erster positiv verlaufender Verhandlungen um eine Ausnahmeregelung für die zwölf Schülerinnen und Schüler, wurde am 18. August 2010 nach einer Vor-Ort-Prüfung der Schulaufsicht aufgrund zu geringer Klassenstärke das Aus für die Klasse bekannt gegeben. Zudem wurde nach Recherche der lokalen Presse bekannt, dass die Schülerinnen und Schüler ohne ihr Wissen an der Jenaer Berufsschule angemeldet wurden. Die Schulaufsicht hatte bei der Überprüfung, trotz datenschutzrechtlicher Bedenken des Schulleiters, die Klassenlisten mitgenommen und die Anmeldung an der Jenaer Berufsfachschule vorgenommen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Auf welcher rechtlichen Grundlage wurde die Weiterleitung der Daten der Schülerinnen und Schüler ohne deren Zustimmung veranlasst?
2. Gibt es datenschutzrechtliche Bedenken, dass die Daten in dieser Form weitergeleitet wurden, und welche Maßnahmen werden generell getroffen, um Datenschutz an Schulen zu garantieren?
3. Welche sachlichen Gründe sprachen in diesem vorliegenden Fall aus Sicht der Landesregierung dafür, die Weiterführung der Klasse im Schulteil Pößneck zu untersagen?
4. Wie bewertet die Landesregierung das Vorgehen der Schulaufsicht, die Schülerinnen und Schüler ohne deren Wissen und deren Einverständnis an einer anderen Berufsschule anzumelden?

Vizepräsident Gentzel:

Für die Landesregierung antwortet das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Herr Staatssekretär Prof. Merten.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Vielen Dank, Herr Präsident. Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage der Abgeordneten Frau Rothe-Beinlich wie folgt:

Zu Frage 1: Eine Weiterleitung der Daten der Schülerinnen und Schüler an das Staatliche Berufsbildende Schulzentrum Jena-Göschwitz ist nicht erfolgt. Die gefertigte Kopie der Klassenliste wurde vom Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Ermittlung von Ausweichmöglichkeiten verwendet und liegt im TMBWK vor. Nach Prüfung der in Rede stehenden Klassenlisten erhielten die betroffenen Schülerinnen und Schüler den Hinweis, dass das Staatliche Berufsbildende Schulzentrum Jena-Göschwitz für sie die nächstgelegene staatliche Schule sei, an der sie den gewünschten Ausbildungsgang absolvieren können. Die Nutzung der Schülerdaten für diesen Zweck ist gemäß § 57 Abs. 1 Thüringer Schulgesetz in Verbindung mit dem § 2 Abs. 2 und § 3 Abs. 1 Thüringer Gesetz über die Schulaufsicht zulässig.

Zu Ihrer Frage 2 antworte ich wie folgt: Es wurden keine Daten von Schülerinnen und Schülern an das Staatliche Berufsbildende Schulzentrum Jena-Göschwitz zum Zwecke der Anmeldung weitergeleitet. Eine derartige Weiterleitung würde gegen die geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen verstoßen. Die Nutzung von Schülerdaten durch die

Schulaufsicht ist allerdings gemäß § 57 Thüringer Schulgesetz nur zur Erfüllung der der Schulaufsicht zugewiesenen Aufgaben zulässig. Diese Voraussetzung wäre im vorliegenden Sachverhalt nicht erfüllt, da die Anmeldung von Schülern an eine berufsbildende Schule keine Aufgabe der Schulaufsicht ist. Zur Sicherstellung der Erhaltung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen an staatlichen Schulen verfügt jeder Schulamtsbereich über einen Datenschutzbeauftragten gemäß § 10 a Thüringer Datenschutzgesetz. Zur datenschutzrechtlichen Qualifizierung der Schulen ist das Thema Datenschutz als separates Modul im Kurs Medienkunde des Thüringer Instituts für Lehrerbildung, Lehrplanentwicklung und Medien - kurz ThILLM - verankert. Teilnehmer sind nicht nur Schulleiterinnen und Schulleiter, sondern alle interessierten Lehrerinnen und Lehrer. Das Fortbildungsmodul wird per Kooperationsvereinbarung mit dem Landesbeauftragten für Datenschutz durchgeführt. Bisher wurden ca. 650 Lehrerinnen und Lehrer qualifiziert. Ab diesem Schuljahr wird die Fortbildungsveranstaltung für ca. 300 Lehrkräfte pro Schuljahr angeboten.

Ihre Frage 3 möchte ich wie folgt beantworten: Eine Klassenbildung in Wahlschulformen kann nur bei Erreichen der Mindestschülerzahl gemäß Verwaltungsvorschrift zur Organisation des Schuljahres 2010/2011 erfolgen. Aufgrund der Unterfrequentierung der Klasse BFS 1/2 im Berufsfeld Ernährung/Hauswirtschaft wurde die Klasse aufgelöst und alternativ andere Schulstandorte vorgeschlagen.

Zu Frage 4: Eine Anmeldung der Schüler am Staatlichen Berufsbildenden Schulzentrum Jena-Göschwitz ist weder durch die Schulleitung der Schule im Schulteil Pößneck noch durch das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur erfolgt.

Vizepräsidentin Hitzing:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. Es gibt eine Nachfrage.

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

Sehr gern, Frau Präsidentin.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Staatssekretär, wenn ich Ihre Antworten zusammenfasse, gehe ich dann richtig in der Annahme, dass Sie sagen, der Vorfall hätte so nicht stattgefunden, wie ich ihn sozusagen geschildert bekommen habe und auch nachgefragt habe?

Prof. Dr. Merten, Staatssekretär:

So wie ich Ihre Interpretation und Vorstellung des Zeitungsberichts gehört habe, deckt sich das in der Tat nicht mit dem, wie wir den Fall eruiert haben und wie er sich bei uns darstellt.